

„Burkini“-Verbot wird in Salzburg nicht vollzogen

Österreichische Badegäste müssen in Salzburgs Freibädern die Bekleidungs Vorschriften strikt beachten. Aber moslemische Frauen in Ganzkörperbadeanzügen werden trotz des „Burkini“-Verbots toleriert. Für Salzburgs Stadt-FPÖ-Chef Andreas Reindl eine inakzeptable Vorgehensweise. **S. 13**



Foto: FPÖ Salzburg

Schnelles Ende für Anti-FPÖ-Kampagne

Hübners Mandatsverzicht beendet diesjährige „Nazikeulen“-Inszenierung

S. 2/3



FPÖ fordert strengere Kontrollen am Brenner

Eine Masseneinwanderung wie 2015 muss verhindert werden – **S. 4/5**

PARLAMENT

Pflegereform benötigt

Bei den Problemen in der Pflege müssen endlich die Ursachen angegangen werden, fordert der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer. Mit Arbeitslosen und Asylwerbern lässt sich der wachsende Mangel an Pflegepersonal nicht bekämpfen. **S. 6**

AUSSENPOLITIK

Heikles Thema

Die drohende Masseneinwanderung von afrikanischen Wirtschaftsflüchtlingen aus Italien bringt das bisher gemiedene Thema Immigration in den deutschen Wahlkampf. Aber bis auf die „Flüchtlingsumverteilung“ hat niemand eine Lösung dafür. **S. 8/9**

WIEN

Stimmenkauf

Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus wirft der Wiener SPÖ ein falsches Spiel bei der Erhebung der türkischen Doppelstaatsbürgerschaften vor: Die SPÖ wolle damit bis nach der Wahl zuwarten, um sich so diese Stimmen zu sichern. **S. 11**

MEDIEN

„Spiegel“ zensuriert

Erstmals hat das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ seine angesehene Bestsellerliste manipuliert. Still und heimlich wurde Rolf Peter Sieferles kritische Abrechnung mit der deutschen Gesellschaft in „Finis Germania“ aus der Bestseller-Liste gestrichen. **S. 14**



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Ältere Leser werden sich noch an des Sommerloch-Ritual der Sichtung von „Nessie“ in Schottland erinnern. „Nessie“ wurde mit dem Erstarken der FPÖ abgelöst vom allsommerlichen Aufdeckungsdrang nach „Ewiggestrigem“ in der Partei durch linksgrüne Tugendwächter.

Sommerloch-Debatte

Heuer brauchte es mehr als 365 Tage, um „antisemitische Codes“ in einer Rede des außenpolitischen Sprechers der Partei, Johannes Hübner, zu entdecken.

Und es hängten sich diesmal besonders prompt und heftig auch SPÖ und ÖVP an die Fersen der bekannten „Aufdecker“.

Nachdem sie inhaltlich den Freiheitlichen nichts entgegen zu stellen haben, außer nett arrangierten Fotos ihrer Slim-Fit-Protagonisten auf dem Online-Dienst Instagram, kam ihnen die „Nazikeulen“-Treibjagd besonders entgegen, um sich von der „Hübner-FPÖ“ zu distanzieren.

Zugleich bietet ihnen das eine billige Ausrede zum Wiederaufbereiten der „Koalition Neu“, wie schon nach den Watschen bei den vergangenen Wahlen.

Dass sich auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen dazu äußern musste, verdanken die Österreicher wohl dem desaströsen Zustand der Grünen, die diesmal mit einer links-linken Partei und Peter Pilz' alt-linker Liste im „antifaschistischen“ Lager um Wählerstimmen buhlen.

Daher war das Entsetzen beim grünen Kampagnentreiber groß, als Hübner mit einem Kandidaturverzicht dem Wüten der selbsternannten Moralapostel ein schnelles Ende bereitete.

Der Wahlkampf mit Inhalten kann jetzt beginnen.

Und wieder eine „Nazikeule“

Nur kurzer Nutzen der Tugendwächter-Empörungswelle für Rot und Schwarz

Dass SPÖ und ÖVP trotz Wahlkampfgetöse an einer Neuauflage der Koalition basteln, bestätigte sich vergangene Woche in der gemeinsamen Entrüstungskampagne gegen den FPÖ-Abgeordneten Johannes Hübner. „Das durchsichtige Ziel war es von Anfang an, die FPÖ als einzige politische Erneuerungskraft zu bremsen, um sich bequem erneut ins rot-schwarze Faulbett legen zu können“, bemerkte dazu FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl.

Eine Rede bei einem Kongress vor mehr als einem Jahr in Deutschland diente den linken Tugendwächtern als Waffe gegen den FPÖ-Nationalratsabgeordneten Johannes Hübner. Als Empörungsauslöser dienten angebliche „antisemitische Codes“, die Hübner in seiner Rede verwendet haben soll, und die „Der Standard“ als solche mit „Expertenhilfe“ eindeutig identifiziert.

Linkes Wahlkampfgeschenk

Ein besseres Geschenk hätte die Zeitung, deren Bericht von den üblichen links-grünen Tugendwächtern verstärkt wurde, den rot-schwarzen Kanzlerduellanten Christian Kern und Sebastian Kurz gar nicht machen können. Aus beiden Parteien ertönte prompt der alte Ausgrenzungsschlachtruf.

„Das ist absolut nicht vorstellbar. So etwas ist inakzeptabel“, replizierte ÖVP-Generalsekretärin Elisabeth Köstinger im „Standard“-Interview völlig politisch-korrekt auf die Frage nach einer Koalition mit der FPÖ mit dem Abgeordneten Hübner.

Bei der SPÖ schob man natürlich Verteidigungsminister Hans

Peter Doskozil zur Klarstellung vor, dessen burgenländische Landespartei immerhin mit der FPÖ die Landesregierung stellt. „Hier wurde klar eine Grenze überschritten. Jeder Form von Antisemitismus muss man entschieden entgegenreten. Ich erwarte mir von der Bundes-FPÖ eine Klarstellung und Distanzierung, aber auch Konsequenzen“, tönte Doskozil und schob die Begründung der – eigentlich aufgehobenen – alten „Ausgrenzungsstrategie“ nach: „Wenn es der FPÖ nicht gelingt, sich von Ewiggestrigen zu trennen, dann können sie kein Partner sein.“

Rücktritt zum Wohl der Partei

Nur bereitete der attackierte Johannes Hübner den Hoffnungen auf eine möglichst lange „Nazikeulen“-Diskussion ein rasches Ende. Nachdem er seine missverständlichen Aussagen klargestellt hatte, erklärte er auch noch den Verzicht auf seine Kandidatur bei der Nationalratswahl am 15. Oktober.

Er verzichte ganz bewusst, um „Schaden von meiner Partei“ fernzuhalten: „Die Gefahr ist, dass es im Wahlkampf nur noch um Antisemitismus geht und die wichtigen



Johannes Hübner, bereitete der Treibjagd ein schnelles Ende, damit sich SPÖ und ÖVP nicht

Themen der Freiheitlichen für Österreich untergehen.“

Die Tatsache, dass Hübner mit seinem Schritt den Gegnern der Freiheitlichen in Politik und Medien die Möglichkeit zur fortgesetzten Agitation gegen die FPÖ und zum Zudecken der relevanten Themen für die Zukunft Österreichs im beginnenden Wahlkampf nehmen wolle, zeuge von Charakter und Verantwortungsbewusstsein, erklärte dazu FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl, der den Rückzug Hübners akzeptierte, aber persönlich bedauerte.



SPITZE FEDER Der neue „Touristenstrom“ aus Italien.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Geschäftsführung: Herbert Kickl
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien
Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

en“-Kampagne

warz – Hübner verzichtet auf Kandidatur



agd der linken Tugendwächter mit seinem Mandatsverzicht ein schnelles vor der Diskussion um die wahren Probleme Österreichs drücken können.

„Einen Fehler zu machen ist aber etwas ganz anders, als aus böser Absicht heraus zu handeln. Genau das ist Hübner aber trotz aller Bekundungen vom ‚neuen politischen Stil des Miteinander‘ und dem Gerede von Fairness in einer massiven Kampagne seitens der politischen Gegner unterstellt worden“, kritisierte Kickl die „Gutmenschen vom Dienst“.

Durchsichtige Inszenierung

Das durchsichtige Ziel dieser Kampagne sei von Anfang an gewesen, die FPÖ als einzige politische

Erneuerungskraft in Österreich zu bremsen. „Dieser Zweck heiligt offenbar jedes Mittel der linken Tugendwächter und der rot-schwarzen Machthaber. Dafür spricht insbesondere die Tatsache, dass die Vorwürfe gegen Hübner über ein Jahr lang zurückgehalten und erst jetzt – vor der wichtigen Wahl im Oktober – veröffentlicht wurden“, betonte Kickl. Diese Methode werde allerdings von den Österreichern längst durchschaut. „Das wird auch das Wahlergebnis am 15. Oktober deutlich machen“, zeigte sich Kickl überzeugt.

KURZ UND BÜNDIG



Wartezeit bei Nuklearmedizin

Die extrem langen Wartezeiten bei nuklearmedizinischen Untersuchungen sind für die FPÖ völlig inakzeptabel. „Alleine die Tatsache, dass die Bundeshauptstadt mit rund 1,8 Millionen Einwohnern keine einzige nuklearmedizinische Kassenpraxis aufweist, zeigt eindringlich, wo es tatsächlich krank“, so die FPÖ-Gesundheitssprecherin Dagmar Belakowitsch-Jenewein (Bild). Die FPÖ fordert daher ein „Zurück an den Start“ bei der Gesundheitsreform und ein Ende der sogenannten Primärversorgungszentren.

Neufassung des Tierschutzes

Die FPÖ wird in der nächsten Nationalratssitzung einen Antrag zur Neufassung einzelner Passagen des Tierschutzgesetzes einbringen. „Damit soll für jene Tierschutzvereine, die uneigennützig Tiere vermitteln, Rechtssicherheit geschaffen werden. Es kann nicht sein, dass ehrenamtliche Tierschützer diskriminiert werden, nur weil weltfremde Bürokraten im Gesundheitsministerium mit Wissen und Willen einer hilflosen Ministerin schlechte Gesetze formulieren“, so FPÖ Tierschutzsprecher Josef Riemer (Bild).



Zum Scheitern verurteilt

In einer Presseaussendung präsentierte die Bildungsministerin ihr Konzept der „Schule 4.0 – jetzt wird’s digital“, wonach Schüler bereits ab der Volksschule eine digitale Grundausbildung erhalten sollen. „Die Umsetzung der Pläne der Bildungsministerin wird wohl schon daran scheitern, dass ein Großteil der Schüler der Unterrichtssprache Deutsch nicht mächtig ist oder nicht sinnerfassend lesen kann“, so der FPÖ-Bildungssprecher Wendelin Mölzer (Bild). Eine derartige Strategie vorzuschlagen, ohne die notwendigen Voraussetzungen mitzudenken, stelle für ihn nur eine reine Wahlkampfakt dar.

AUFSTEIGER 📈



Der Tiroler FPÖ-Landesparteiobmann **Markus Abwerzger**, der eine verstärkte Kontrolle der Grenze zu Italien verlangt, damit das Land der drohenden Masseneinwanderung nicht so hilflos gegenübersteht wie im Jahr 2015.

ABSTEIGER 📉



Der Tiroler ÖVP-Landeshauptmann **Günther Platter**, der nach wie vor behauptet, dass die Zusammenarbeit mit Italien bestens funktioniere und keine Grenzkontrollen nötig seien – trotz Italiens Problemen mit der Masseneinwanderung.



BILD DER WOCHE Links-Links gegen Alt-Links im Wahlkampf. Der Alt-Grüne Peter Pilz kandidiert jetzt doch mit einer eigenen Liste.

Bereits 12.000 aufgegriffene illegale Einwanderer

Scharfe Kritik an der Untätigkeit von ÖVP-Landeshauptmann Günther Platter und der rot-schwarzen Koalition in Wien übt Tirols FPÖ-Chef Markus Abwerzger im NFZ-Interview: „Strengere Grenzkontrollen sofort – und nicht bloß als Ankündigung!“

Herr Landesparteiohmann Abwerzger, Sie haben sich letzte Woche mit ihrem burgenländischen Kollegen Johann Tschürtz getroffen. Worum ging es bei dem Treffen?

Abwerzger: Wenn sich jemand auskennt mit Grenzschutz und Flüchtlingsansturm, dann wohl die Burgenländer und unser Landeshauptmannstellvertreter Hans Tschürtz. Denn im Grunde ist die Lage am Brenner derzeit so angespannt, wie an der burgenländisch-ungarischen Grenze vor dem fatalen Entscheid der deutschen

„Es tritt am Brenner das ein, wovor wir seit 2015 gewarnt haben.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die dramatisch steigende Zahl an afrikanischen Immigranten in Italien wird sich über kurz oder lang auf den Weg nach Norden machen. Vom Burgenland kann man nicht nur das Vorzeigesystem im politischen Bereich, sondern auch das der frühzeitigen Grenzkontrollen und scharfen Obergrenzen für Flüchtlinge lernen. Da haben wir in Tirol noch Nachholbedarf.

Die Bundesregierung hat mit einem Krisenplan auf den Massenansturm in Italien reagiert. Vertrauen Sie dem nicht?

Abwerzger: Es vergeht kaum ein Tag mehr, an dem nicht ein Minister am Brenner einen Fototermin absolviert. Warum ist dieser Aktionismus ausgebrochen, wo doch ÖVP-Landeshauptmann Günther Platter nicht müde wird, der Bevölkerung zu erklären, dass es alles unter Kontrolle ist? Weil es eben nicht stimmt! Es ist jetzt das eingetreten, wovor wir Freiheitliche bereits 2015 gewarnt haben, dass nämlich der Brenner zur Nummer-eins-Flücht-

lingsroute in Mitteleuropa wird. Damals wurden wir als Hetzer hingestellt, als wir vor dieser Flüchtlingsbewegung gewarnt haben. Unsere Befürchtungen sind aber wahr geworden, wenn man nur bedenkt, dass laut den aktuellen Zahlen im Jahr 2016 in Tirol 11.812 illegal eingereiste Personen aufgegriffen wurden. Es hätte von Anfang an der gesamte Zugverkehr, nicht nur die Personenzüge sondern auch die Güterzüge, lückenlos überwacht

und kontrolliert gehört. Wenn also heuer knapp 12.000 Personen aufgegriffen wurden, dann lässt

dies die Vermutung zu, dass noch viel mehr Menschen auf dieser Route über den Brenner unterwegs sind – und durchkommen. Die Bayern haben heuer schon 8.980 illegale Einreisen verzeichnet.

Wie wird Ihre Forderung nach strengeren Grenzkontrollen speziell von ihren Südtiroler Freunden aufgenommen?

Abwerzger: Die haben vollstes Verständnis für unsere Forderung. Denn sie leiden unter diesem Zug der Migrantenmassen nach Norden ja genau so wie wir – wie auch unter einem schwarzen Landeshauptmann, der das Problem verdrängt, weil er es sich mit seinem linken Koalitionspartner in Rom nicht verschmerzen will.

Im Grunde haben unsere Freunde in Bozen das gleiche Problem wie wir hier in Innsbruck mit Herrn Platter und der rot-schwarzen Koalition in Wien.



Thema der Woche

Es ist nur mehr eine Frage der Zeit, wann sich der nach Italien ergießende

Wann erreicht Mig

Mehr als 90.000 afrikanische Einwanderer sind b

Droht am Brenner eine ähnliche Situation wie 2015 im Burgenland oder in Spielfeld? In Italien sind bis Ende Juli bereits so viele afrikanische Einwanderer angekommen wie im gesamten Vorjahr. Italiens Regierung fordert Hilfe von Europa oder droht, sonst die Migranten mit Reisepapieren nach Norden losschicken zu wollen.

Laut dem UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR erreichten seit Jänner mehr als 110.000 Menschen Europa. Am stärksten betroffen ist Italien, wo 2017 schon mehr als 90.000 illegale Einwanderer angekommen sind. Und es dürften noch mehr werden, warten laut einem Bericht von Europol in Libyen doch weitere 800.000 Wirtschaftsflüchtlinge auf die Überfahrt.

Eine Situation wie 2015?

Für Österreich könnte das bedeuten, dass sich an der innertiroler Grenze am Brenner das gleiche Bild bieten wird wie 2015 an der Grenze zu Ungarn: Einwanderermassen, diesmal vornehmlich junge Männer aus Afrika, die in ihre Wunschaufenthaltsländer Deutschland, Österreich und Schweden drängen.

Die offiziellen Aufgriffszahlen mit 15 bis 25 illegalen Migranten pro Tag bewegen sich im langfristigen Trend. Bis zum 25. Juni registrierte die Tiroler Polizei bei stichprobenartigen Kontrollen 3.443

Aufgriffe am Brenner – aber landesweit rund 12.000 illegal Eingereiste. Und die bayerische Polizei griff 8.980 illegale Einwanderer auf.

Die Österreicher haben eine klare Meinung zu Grenzkontrollen am Brenner: Angesichts steigender Flüchtlingszahlen treten laut einer aktuellen Umfrage von Research Affairs 76 Prozent für Grenzkontrollen zu Italien ein.

Rot-schwarze Ankündigungen

Auf diese Befindlichkeit der Bürger und die Warnungen der FPÖ reagierte jetzt auch – wenn auch nur halbherzig mit Ankündigungen – die wahlkämpfende rot-schwarze Koalition. „Wir machen den Brenner zu, wenn die Zahl der illegalen Einwanderer nach Österreich steigt“, kündigte ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka an. Und SPÖ-Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil legte eins drauf und versprach 750 Bundesheersoldaten und vier Radpanzer, sollte der Flüchtlingsandrang den Brenner erreichen.



Einwandererstrom in Richtung Norden, also auf den Grenzübergang am Brenner zubewegen wird.

rantenstrom den Brenner?

ereits in Italien angekommen und wollen weiter nach Norden

Während ÖVP-Außenminister Sebastian Kurz den beiden Ministern zumindest verbal beistand, wurden sie von SPÖ-Bundeskanzler Christian Kern zurückgepfiffen. „So geht es einfach nicht“, räsionierte Kern und forderte, das Thema aus dem Wahlkampf herauszuhalten: „Die Außenpolitik muss seriös hinter verschlossenen Türen und durch Diplomatie geführt werden und nicht im Wahlkampf.“

FPÖ für scharfe Grenzkontrollen

Verstärkte Kontrollen am Brenner fordern die Tiroler Freiheitli-

chen schon seit dem ersten Ansturm 2015 – wenn auch schweren Herzens. „Jede andere mögliche Lösung wäre uns Freiheitlichen lieber, aber unser Vertrauen in den italienischen Staat ist begrenzt. Seit Jahren kommt Rom seiner europarechtlichen und völkerrechtlichen Verpflichtung bezüglich der Migrantenflut aus Nordafrika nicht nach, und nun droht der große Ansturm in den kommenden Wochen und Monaten“, erklärte der Tiroler FPÖ-Chef Markus Abwerzger.

Ähnlich die Kritik der Südtiroler Freiheitlichen an ihrer schwarzen

SVP-Landesregierung, die in Rom übereifrig mit der Linksregierung kooperiert. „Der italienische Staat ist nicht in der Lage, seine Seegrenzen gegen die illegale Masseneinwanderung zu schützen. Die leeren Drohungen der Regierung in Rom, notfalls die Häfen für NGO-Schiffe und dergleichen schließen lassen zu wollen, gesellt sich in die Reihe der großen Ankündigungen der Wiener Koalition. Taten folgen nie, und das Problem verschärft sich von Tag zu Tag“, gab die Freiheitlichen-Fraktions Sprecherin Ulli Mair zu bedenken.

Italiens Regierung säumig

Sie forderte, SVP-Landeshauptmann Arno Kompatscher solle sich auf römischer und europäischer Ebene dafür verwenden, eine präventive Beschlagnahmung von NGO-Schiffen voranzutreiben, die die illegale Masseneinwanderung begünstigen. „Damit könnte diese Invasion gestoppt und eine Erstaufnahme in Notsituationen in sicheren Städten Nordafrikas garantiert werden“, betonte Mair unter Verweis auf die langjährigen Forderungen der Freiheitlichen nördlich und südlich des Brenners zur Einwanderungsthematik.



Die Freiheitlichen im Bund sowie in allen Teilen Tirols verlangen ein härteres Vorgehen der EU gegen die Massenzuwanderung aus Afrika.



HC Strache

FPÖ-Bundesparteiohmann

Die Brenner-Grenze muss sofort gesichert, kontrolliert und geschützt werden. Schon jetzt kommen, wie uns Freiheitlichen besorgte Bürger und Polizisten berichten, täglich hunderte illegale Migranten mit Zügen über die Grenzen.

Die Situation von 2015 darf sich am Brenner nicht wiederholen!

Nicht wieder 2015!

Aber die rot-schwarze Koalition lässt sich weiterhin von der Regierung in Rom einschüchtern. Polizisten sprechen von bis zu 30.000 illegalen Einwanderern aus Afrika, die seit dem letztem Jahr aus Italien kommend die Grenze passiert haben. Und zehntausende illegal in Österreich aufhältige Personen, die keinen Anspruch auf Asyl oder einen anderen Aufenthaltstitel haben, werden seit Jahren nicht abgeschoben.

Trotzdem wollen ÖVP und SPÖ pro Jahr weiterhin 35.000 „Asylwerber“ aufnehmen, obwohl Österreichs Hilfs- und Belastungsgrenzen längst überschritten sind und die Bevölkerung die Folgen zu spüren bekommt.

Seit dem Flüchtlingsansturm 2015 haben sich sexuelle Übergriffe auf Frauen drastisch gesteigert. Hunderte IS-Kämpfer und islamistische Gefährder hat man wieder nach Österreich einreisen lassen und tut nichts gegen die Finanzierung radikaler wahhabitischer und salafistischer Vereine und Strukturen in Österreich.

Diese unverantwortliche Entwicklung in Österreich ist von Rot-Schwarz zuerst ermöglicht worden und wird jetzt weiter gefördert. Wenn die Österreicher diesen unsäglichen Zustand beenden wollen, dann haben sie am 15. Oktober die Chance dazu, mit der Abwahl dieser rot-schwarzen Regierung.



Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Sehr beschaulich ist die letzte Sitzung des Nationalrates im Hauptgebäude über die Bühne gegangen. Lediglich bei der Debatte zur Auflösung des Nationalrates kam es zum einen oder anderen heftigeren Wortwechsel.

Minilisten-Inflation

Die für das weitere Schicksal der Republik maßgeblichste Person könnte der Grüne Jugendabgeordnete Julian Schmid werden. Nicht wegen seiner bisherigen politischen Leistung, sondern wegen der Kausalitätskette, die der junge Mann durch seinen Sieg über Peter Pilz bei der Listenerstellung der Grünen ausgelöst hat.

Mittlerweile hat Peter Pilz sein Antreten mit einer eigenen Liste bekannt gegeben. Eine Kandidatur, die die Grünen um den Wiedereinzug ins Hohe Haus bangen lassen muss. Für Schmid könnte sich sein Sieg über Pilz damit als Pyrrhussieg erweisen. Unabhängige Journalisten meinen gar, Pilz könnte Kern aus dem Rennen für die Kanzlerschaft nehmen.

Auf der anderen Seite könnten die Neos gerade noch einmal die Kurve gekratzt haben. Die Kandidatur von Irmgard Griss könnte der Minifraktion das Überleben sichern.

Für das Parlament sind die Kleinstfraktionen eine Herausforderung. Bei der Verteilung der knappen Ressourcen hat jeder Klub einen Sockelanspruch. Das betrifft Personal, Geld und Räume. Darüber hinaus muss man wissen, dass die aus den siebziger Jahren stammende Geschäftsordnung auf ein Dreiparteienparlament ausgelegt ist. Sollte es eine oder andere Miniliste nicht ins Parlament schaffen, wäre das aber kein Malheur.

INNENPOLITIK

Verzögerung durch Umzug

Zu dem von der Koalition in Begutachtung geschickten Sicherheitspaket – bestehend aus dem Sicherheitspolizeigesetz und dem Strafprozessrechts-Änderungsgesetz 2017 – sind bislang rund 7.000 Stellungnahmen eingelangt. Aufgrund der großen Anzahl, aber auch wegen der laufenden Übersiedlung des Parlaments in die Ausweichquartiere auf den Heldenplatz können diese jedoch nur nach und nach bearbeitet und veröffentlicht werden.



KONSUMENTENSCHUTZ

„Smart Meter“

Die FPÖ drängt bei der österreichweiten Umrüstung von Stromzählern auf so genannte „Smart Meter“ auf die Wahlfreiheit von Konsumenten. Der FPÖ-Abgeordnete Peter Wurm mahnte dazu in einem Antrag im Sozialausschuss entsprechende gesetzliche Klarstellungen ein.

Symptombekämpfung in der Pflege fehlt weiter

Hofer fordert grundlegende Reform der 24-Stunden-Betreuung

Dem Vorschlag, Asylwerber als Pflegebetreuer einzusetzen, kann FPÖ-Pflege- und Behindertensprecher Norbert Hofer nichts abgewinnen: „Das Problem wird damit nicht gelöst!“

„Dass eine Reform des derzeitigen Modells der 24-Stunden-Betreuung unerlässlich ist, steht außer Zweifel. Seit Jahren mache ich auf die prekäre Situation der schein-selbstständigen Personenbetreuer aufmerksam. Ich warne aber vor einem Schnellschuss und einer Symptombekämpfung zu Lasten pflegebedürftiger Menschen“, gab Hofer zum Vorschlag des Sozialrechtsexperten Wolfgang Mazal zu bedenken, der Arbeitslose und Asylwerber in der 24-Stunden-Betreuung einsetzen will.



Arbeitslose und Asylwerber als Pfleger in der 24-Stunden-Betreuung?

Steigender Pflegebedarf

Aufgrund des stark steigenden Pflegebedarfs in den nächsten Jahren bedürfte es einer durchdachten Reform im Pflegebereich, die auch

die Ausbildung von Pflegepersonal und die Finanzierung der Pflege mit einschließt und sicherstellt, betonte der Dritte Nationalratspräsident und FPÖ-Abgeordnete.

Der ländliche Raum, ein Opfer der ÖVP

Für den Kärntner FPÖ-Spitzenkandidaten zur Nationalratswahl, Erwin Angerer (Bild), stellt die Unterstützung des ländlichen Raums eine



zentrale Aufgabe der politischen Arbeit dar. Der ländliche Raum wurde von Rot-Schwarz bisher sträflich vernachlässigt, was sich auch in der steigenden Zahl der Abwanderung in die Ballungsräume zeigt.

„Es ist völlig klar, dass wir die Wirtschaft vor Ort ankurbeln müssen. Das kann aber nur durch neue Betriebsansiedlungen gelingen und diese benötigen eine entsprechende Infrastrukturanbindungen“, betonte Angerer. Dazu verwies auf die Baltisch Adriatische Achse (BAA), die etwa Kärnten direkt an die wichtigsten Verkehrsdrehscheiben Europas anbinden sollte.

Gerade der Ausbau solcher überregionalen und regionalen Verkehrsnetze – auf Straße wie auf Schiene – müsse zukünftig forciert werden.

„Gerade in unseren ländlichen Regionen ist die Schaffung von Arbeitsplätzen noch immer die sozialste Maßnahme, die es geben kann. Dass sich aber gerade die ÖVP aus Parteiblindeheit prinzipiell gegen alle unsere Vorschläge ausspricht, die auf die Stärkung des ländlichen Raumes und Arbeitsmarktes abzielen, ist bedenklich und alarmierend zugleich“, kritisierte Angerer den „alten Stil der neuen Kurz-ÖVP“.

Frauen sind die Verlierer der „Steuerreform“

Bericht der EU-Kommission bestätigt die FPÖ-Kritik an rot-schwarzer Tarifkorrektur 2016

Die von Rot-Schwarz im Vorjahr beschlossene Korrektur der Steuertarife benachteiligt einkommensschwache Haushalte und Alleinerziehende. „Diese Kritik der FPÖ hat jetzt die EU-Kommission bestätigt“, erklärte FPÖ-Frauensprecherin Carmen Schimanek.

„Im Bericht der Kommission wird kritisiert, dass durch die Reform vor allem einkommensschwache Haushalte benachteiligt werden, da diese weniger von den Steuererleichterungen profitieren. Ganz besonders sind davon Alleinerziehende betroffen, deren Armutsrisiko sogar angestiegen ist. Auch profitieren kinderlose Paare stärker als jene, die Kinder haben. Nach diesem Bericht steht auf alle Fälle fest, dass die Frauen die großen Verlierer dieser Reform waren“, betonte die FPÖ-Frauensprecherin.

Vor dieser Tarifkorrektur, die von SPÖ und ÖVP als Steuerreform verkauft wurde, hätten die Freiheitlichen eindringlich gewarnt, dass Frauen durch diese An-

passung der Steuertarife an die Inflation benachteiligt würden. „Alle diesbezügliche Warnungen wurden von der rot-schwarzen Regierung allerdings vollkommen ignoriert, und man lobte sich stattdessen über alle Maßen für dieses Reförmchen“, kritisierte Schimanek.

Inszenierte Scheinpolitik

Für Schimanek stellt dieser Bericht ein weiteres Indiz dafür dar, dass Frauenpolitik in Österreich von Scheindebatten, Lippenbekenntnissen und Symbolpolitik geprägt werde. „Die wahren Probleme der Frauen wie Einkommensbenachteiligung oder Unterstützung bei der Kinderbetreuung werden nicht einmal ansatzweise angegangen. Sämtliche Gen-



Einkommensbenachteiligung ist kein Thema in der Frauenpolitik.

der-Beauftragte, die Töchter in der Nationalhymne und die Frauentag-Inszenierungen nützen niemanden. Denn es sind genau die Frauen, die nach einer ‚Steuerentlastung‘ durch die Finger schauen und tatsächlich noch stärker

armutsgefährdet sind als vor der Reform“, erklärte Schimanek. Sie forderte von der zukünftigen Regierung ein umfassendes Maßnahmenpaket ein, dass diese Mängel beheben und die Frauen auch aus der Armutsfalle holen soll.

Die Realitätsferne der SPÖ-Bildungsministerin

Die Aussagen von Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (Bild) im Ö1-„Journal zu Gast“, wonach Flüchtlingskinder ohne weiteres in Regelschulklassen integriert werden sollen, seien „absolut realitätsfern“, kritisierte der freiheitliche Bildungssprecher Wendelin Mölzer: „Es ergibt sich durch solch eine voreilige Maßnahme weder für Flüchtlingskinder, noch für Kinder mit Deutsch als Muttersprache ein Vorteil.“

Entsprechende Deutschkenntnisse seien als Kriterium für die Integration von Flüchtlingskindern in Regelschulklassen unabdingbar, mahnte Mölzer, da ansonsten die österreichischen Schüler einen erheblichen Nachteil bei der Qualität des Unterrichts an Österreichischen Schulen in Kauf nehmen müssten.

„Es ist bedenklich, dass das Hauptaugenmerk der politischen Diskussion in der SPÖ ausschließlich auf die Förderung von Schülern mit keinen oder geringen Deutschkenntnissen gerichtet ist und die Bedürfnisse von Schülern



Ministerin will Niveau senken.

mit Deutsch als Muttersprache zur Gänze ausgeblendet werden. Ihnen steht Sprachförderung zumindest im selben Maß wie Kindern mit Migrationshintergrund zu, wobei das Engagement diesbezüglich bei weitem nicht so hoch ist“, kritisierte der FPÖ-Abgeordnete.

Er erinnerte die SPÖ-Bildungsministerin einmal mehr an die freiheitliche Forderung nach einer Erhebung der Sprachkenntnisse der Kinder vor Schuleintritt: „Nur mit eigenen Deutsch-Klassen für Kinder mit Sprachmängeln kann gesichert werden, dass Schüler mit ausreichenden Deutschkenntnissen nicht benachteiligt werden.“

FPÖ-ABGEORDNETE DECKEN AUF

627 Straftaten in Mödlings Asylheimen

Seit Beginn der Flüchtlingskrise im September 2015 mehrten sich die „Einzelfälle“ an Straftaten, die von Asylwerbern, vermehrt in den diversen Unterkünften, verübt werden, wie man den vielen Berichten der unterschiedlichsten Medien entnehmen kann. Besonders auffallend in diesem Zusammenhang sind dabei die Asylunterkünfte aus dem Bezirk Mödling

Im Zeitraum vom 1. September 2015 bis 31. Mai 2017 wurden im Bezirk Mödling 627 Straftaten von Asylwerbern begangen. Die schwersten Delikte reichen von Diebstahl über Körperverletzung bis hin zu Betrug und sexueller Belästigung. 195 Delikte davon wurden von Personen aus Afghanistan verübt, gefolgt von Personen aus Algerien, Indien und Marokko. Diese Informationen gehen aus einer Anfragebeantwortung des Innenministeriums an FPÖ-Abgeordneten Christian Höbart hervor.



Ein Polizist auf 402 Einwohner in OÖ

Einer Anfragebeantwortung des Innenministeriums an den FPÖ-Abgeordneten Hermann Brückl zufolge, kommen im Burgenland auf einen Exekutivbeamten 185 Einwohner. In Oberösterreich gibt es hingegen nur einen Exekutivbeamten pro 402 Einwohner, was gleichzeitig den niedrigsten Wert aller Bundesländer darstellt. „Diese Ungleichheit ist nicht gerechtfertigt und zeigt, dass eine rasche Personalaufstockung der Polizei in Oberösterreich unabdingbar ist und nicht länger aufgeschoben werden darf“, kritisiert Brückl die Personalsparpolitik der Bundesregierung. Die Sicherheit der Bevölkerung müsse stets an erster Stelle stehen.



FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Harald Vilimsky

Wie hält es die ÖVP mit der Türkei?

„Ich werde mich weiterhin für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einsetzen“, betonte Sebastian Kurz vor wenigen Tagen in einem Interview in der Zeitung „Welt“.

Man könnte nun meinen, dass die ÖVP endlich eine langjährige freiheitliche Forderung aufnimmt und diese im Interesse Österreichs auch umsetzen wolle. Doch ein Blick hinter die Kulissen zeigt, dass die ÖVP in keiner Weise interessiert ist, die Beitrittsverhandlungen abzubauen.

Das Abstimmungsverhalten der ÖVP-Delegation im Europaparlament, angeführt von Kurz' Generalsekretärin Elisabeth Köstinger, spricht Bände. Hier votierte die ÖVP im Juli gegen den Abbruch der Verhandlungen und gegen den Stopp der Heranführungshilfe und bloß für die Aussetzung der Verhandlungen.

Auch der ÖVP-Kommissar Johannes Hahn zaudert. So betonte er vor kurzem, man könne Erdogan „nur bitten“, die Meinungsfreiheit im Land einzuhalten. Einen Stopp der rund 4,5 Milliarden Euro an die Türkei schließe er zudem aus. Er hält dies für eine „juristische Verrenkung“.

Die politischen Verrenkungen der Kurz-ÖVP in der Türkei politik sind nur durch ihre Rückgratlosigkeit möglich. Die Gretchenfrage an die ÖVP, wie sie es mit der Türkei hält, ist im Grunde genommen leicht zu beantworten: Für sie ist und bleibt Erdogans Türkei ein potentieller Beitrittskandidat.

Erdogans Prozess gegen die Pressefreiheit

In Istanbul hat am Dienstag der Prozess gegen 17 frühere und jetzige Mitarbeiter der regierungskritischen türkischen Tageszeitung „Cumhuriyet“ wegen Terrorvorwürfen begonnen. Ihnen wird nach Angaben ihrer Anwälte – die Anklage wurde bisher nicht veröffentlicht – Unterstützung von Terrororganisationen wie der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, der linksextremen DHKP-C oder der Gülen-Bewegung vorgeworfen. Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan macht die Bewegung des in den Vereinigten Staaten lebenden Predigers Fethullah Gülen für den Putschversuch vom 15. Juli 2016 verantwortlich.

Mehrere Organisationen wiesen die Terrorvorwürfe als „politisch motiviert“ zurück und kündigten an, den Prozess zu beobachten. Reporter ohne Grenzen, die Europäische Journalistenvereinigung, Pen International, das International Press Institute und das Europäische Zentrum für Presse- und Medien-

freiheit kritisierten, dass in keinem Land der Welt mehr Journalisten inhaftiert seien als in der Türkei. Nach Angaben der Europäischen Journalistenvereinigung sind seit dem Putschversuch vergangenen Jahres bereits mehr als 150 Journalisten verhaftet worden und warten auf ihren Prozess.

Den Zorn Erdogans hatte sich „Cumhuriyet“ zugezogen, als das Blatt über Waffenlieferungen der Türkei an syrische Islamistengruppen berichtet hatte.



Erdogan gegen Pressefreiheit.

Einwanderungswe Wahlkampfthema i

Merkel schweigt, und SPD-Kanzlerkandidat Schulz



Mit dem Sommer wächst witterungsbedingt der Einwanderungsstrom aus Afrika. Politiker der rot-schwarzen Koalition in Berlin zu realisieren, dass sich ein

Die Bilder aus Süditalien ähneln frappierend denen aus Griechenland im Jahr 2015. Deutschland fürchtet, erneut Zielland dieser Masseneinwanderung zu werden. Zur Schließung oder verstärkten Kontrolle der EU-Außengrenze können sich weder CDU noch SPD durchringen. Nur die AfD und ein Grüner Bürgermeister wollen das.

Deutschland hat noch immer nicht die mehr als eine Million „Flüchtlinge“ der Massenimmigration der letzten beiden Jahre verkraftet. Polizei und alle Institutionen, die mit dem Problem beschäftigt sind, haben ihre Belastungsgrenze bereits längst erreicht. Das Land weiß noch immer nicht, wie viele wirklich angekommen sind und wer sie sind, denn bei der Registrierung der „Asylwerber“ gab man sich großzügig.

Wahlkampfthema Einwanderung

Und schon droht die nächste Migrationswelle aus Afrika in die Sozialsysteme, den bisher langweiligen Wahlkampf aufzuheizen. Weil weder CDU-Chefin und Kanzlerin Angela Merkel noch das „Regierungsprogramm“ der Union sich dieser Frage stellen, hat sich SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz des Themas angenommen, ja er will sogar „den Umgang mit Flüchtlingen“ zum Wahlkampfthema machen.

„Wenn wir jetzt nicht handeln, droht sich die Situation zu wieder-

holen“, warnt er vor der „hochbrisanten“ Entwicklung in Italien, die der Situation von 2015 gleiche und macht Kanzlerin Merkel den Vorwurf, diese zu ignorieren: „Wer auf Zeit spielt und versucht, das Thema bis zur Bundestagswahl zu ignorieren, verhält sich zynisch.“

Dass seine SPD derzeit – wie schon in 15 der vergangenen 20



Bisher drückten sich Martin Schulz und die SPD vor dem das brisante Einwanderungsthema. Je

Alle aus Afrika wird in Deutschland

Schulz will die „Flüchtlinge“ in der EU umverteilen



Afrika an. Da Italiens Kapazitäten erschöpft sind, beginnen jetzt auch die neuer Migrantstrom in Richtung Norden ergießen wird.

Jahre – selbst in der Regierung sitzt, und damit länger als die CDU, irritiert den roten Kanzlerkandidaten dabei keineswegs.

Schulz für „Umverteilung“

Und was schlägt Schulz vor? Die Schließung der EU-Außengrenze? Nein, er will Italien „entlasten“ und hofft auf die Aufnahmebereitschaft anderer EU-Mitglieder. „Jetzt sind die anderen dran“, erklärte er trotz, ohne Namen zu nennen, denn Deutschland sei ausgelastet.

Neben der Alternative für Deutschland (AfD) wagte es bis-

her nur der grüne Tübinger Bürgermeister Boris Palmer, sich für strikte Grenzkontrollen auszusprechen: „Ich will nicht damit leben, dass Serienvergewaltiger wieder freikommen und mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit wieder zu Tätern werden. Ich bin für strikte Grenzkontrollen, weil ich kontrolliert helfen, nicht weil ich Hilfe verweigern will. Ich bin für Abschiebungen von Straftätern, damit die Unschuldigen bei uns eine bessere Zukunft haben.“

Für diese Aussage bekam er von der grünen Direktkandidatin Canan Bayram aus Berlin-Kreuzberg die klare Aufforderung: „Einfach mal die Fresse halten.“

Appell an Merkel aus Bayern

Weil von Angela Merkel bisher kein Wort dazu kam, haben Bayerns Gemeinden an die Kanzlerin appelliert, einen neuen Flüchtlingsstrom nach Deutschland zu verhindern. Die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung sei erschöpft, sagte der Präsident des Bayerischen Gemeindetages und Abensberger CSU-Bürgermeister Uwe Brandl: „Der Fehler vom Herbst 2015 darf sich nicht mehr wiederholen. Bitte setzen Sie sich intensiver als bisher dafür ein, dass die Überfahrt nach Italien aufhört!“ – Eine Antwort blieb bisher aus.



Angela Merkel im Wahlkampf um
stzt wird es präsent und brisant.

KURZ UND BÜNDIG



Moskau kopiert Berlin

Russland kontert dem Vorwurf der Internetzensur jetzt mit einem neuen Gesetz. Abgeordnete der russischen Duma haben einen Gesetzentwurf zur Kontrolle von Internetinhalten eingebracht, der sich in der Begründung auf das umstrittene deutsche „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ von SPD-Justizminister Heiko Maas (Bild) bezieht. Betreibern sozialer Netzwerke werden hohe Geldstrafen angedroht, sollten sie rechtswidrige Inhalte nicht innerhalb von 24 Stunden löschen. Dies ähnelt den jüngst beschlossenen deutschen Regelungen, die ja nur auf „Hassbotschaften“ im Internet und den sozialen Netzwerken abzielen sollen.

„Seerettung“ wird fortgesetzt

Die EU wird vor der libyschen Küste weiterhin Migranten aus Nordafrika aus „Seenot“ retten. Die Mitgliedsstaaten stimmten Dienstag einstimmig einer Fortsetzung der 2015 gestarteten Operation „Sophia“ zu. Wegen Vorbehalten Italiens, dass die „Geretteten“ nur nach Italien gebracht werden, war bis zuletzt unklar, ob das Ende Juli auslaufende Mandat für den Einsatz bis zum 31. Dezember 2018 verlängert werden kann. Das Mandat umfasst jetzt neben der Entsendung von Marineschiffen auch ein Ausbildungsprogramm für libysche Küstenschützer sowie Kontrollen des gegen Libyen verhängten Waffenembargos.



Polens Präsident bremst Justizreform ein

Polens Präsident Andrzej Duda hat vergangenen Dienstag sein Veto gegen die von der konservativen Regierungspartei PIS vorgelegten Reformen zum Obersten Gericht und des über die Unabhängigkeit der Justiz wachenden Landesrichterrats (KRS) eingelegt und damit auf Sanktionsdrohungen der EU-Kommission reagiert. Die Reform der allgemeinen Gerichte hat er hingegen akzeptiert.

Mit seinem Veto verwies Duda diese Reformen zu weiteren Beratungen an das Parlament zurück. Dabei geht es um ein Gesetz, mit dem alle Richter am Obersten Gericht zukünftig vom Justizminister ausgewählt würden. Ein zweites Gesetz würde die Abgeordneten ermächtigen, die meisten Mitglieder des Landesjustizrates zu bestimmen. Dieses Gremium schlägt in Polen Richter vor.

Dass die EU-Kommission nur einseitig gegen Reformen konservativer Regierungen vorgeht, wie vor Polen schon gegen Ungarn,

aber linken Regierungen wie Rumäniens Sozialisten alles durchgehen lässt, irritiert.

Aber auch Österreichs Verfassungsgericht wird de facto von der Bundesregierung bestellt: Diese erstellt Vorschläge für den Präsidenten, den Vizepräsidenten, sechs Mitglieder und drei Ersatzmitglieder des Höchstgerichts. Der Nationalrat schlägt drei Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder vor, der Bundesrat drei Mitglieder und ein Ersatzmitglied.



Duda bremst bei Justizreform.

TERMINE

**3 Donautädter
Sommergespräche**

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 3. August 2017, zum „Sommergespräch“ mit Burgenlands FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

**4 Sommerstammtisch
der IFF Schärding**

Die Initiative Freiheitlicher Frauen (IFF) des Bezirks Schärding lädt am Freitag, dem 4. August 2017, zum „Sommerstammtisch“ ins Gasthaus „Furtnerwirt“ (Maasbach 5, 4980 Eggerding). Beginn: 19.30 Uhr.

**6 Sommer-Grillfest der
FPÖ Münzkirchen**

Die Innviertler FPÖ-Ortsgruppe Münzkirchen lädt am Sonntag, dem 6. August 2017, zu ihrem „Sommer-Grillfest“ bei Hermann Freylinger (Ficht 19, 4792 Münzkirchen) ein. Beginn: 10.00 Uhr.

**6 Grillfest der FPÖ
Taufkirchen/Pram**

Die Innviertler FPÖ-Ortsgruppe Taufkirchen/Pram lädt am Sonntag, dem 6. August 2017, zu ihrem Grillfest in der Halle der Firma Weißhaidinger (Pram 11, 4775 Taufkirchen/Pram) ein. Beginn: 10.30 Uhr.

**10 Rabl kommt zu
Sommergesprächen**

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 10. August 2017, zu ihrem „Sommergespräch“ mit dem Welser FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

**17 Norbert Hofer in
Wien-Donaustadt**

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 17. August 2017, zu ihrem „Sommergespräch“ mit Norbert Hofer ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

LESER AM WORT


Was wir nicht mehr brauchen

Was wir sicher nicht mehr brauchen, sind Politiker, die Probleme unter den Tisch kehren, anstatt sie beim Namen zu nennen und die die Sorgen und Ängste der eigenen Bevölkerung nicht ernst nehmen. Was wir sicher nicht mehr brauchen, ist eine Regierung, die für grenzenlose Willkommenspolitik und reformbefreite Schuldenpolitik ohne Hirn steht. Was wir mit Sicherheit nicht mehr brauchen, ist eine Regierung, die noch immer so tut, als wäre der Islam ausschließlich eine friedliche Religion. Was wir mit Sicherheit nicht mehr brauchen, ist eine Regierung, die sich von einem Erdogan weiterhin auf der Nase herumtanzen lässt.

Christian Stafflinger, Linz


Na dann, Vorhang auf!

Wüsste man es als gelernter Österreicher nicht besser, dann liegt es aufgrund des Neuwahltermins bereits auf der Hand, dass die Vertreter von Gewerkschaften und

Pensionistenverbänden an ihren Drehbüchern feilen, mit welchem medialen Spektakel sie schon vorzeitig Lohnverhandlungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte führen und das Bestmögliche für Pensionisten herauschlagen werden, um vor allem für SPÖ und ÖVP auf Stimmenfang zu gehen. Da werden sie uns wieder berieseln und die Märchen aufstischen. Eh jedes Jahr das gleiche und nichts neues. Also, Vorhang auf, und lasst das Kasperltheater dieser Schaumschläger beginnen!

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Panzer am Brenner

Italien beabsichtigt, tausende Migranten nach Norden, also Richtung Österreich, durchzuwinken. Ehrlich gesagt, wen wundert das? Die EU schafft es nach wie vor nicht, endlich diese Massenzuwanderung nach Europa vor Ort in den Griff zu bekommen. Anstatt diese Glücksritter im Mittelmeer aufzugreifen und nach Nordafrika zurückzubringen, werden sie nach Italien chauffiert. Solange Brüssel den Kopf in den Sand steckt, ist es unsere Pflicht, unsere Grenze selbst zu schützen – wenn nötig mit Panzern. Dass unsere Soldaten die Panzer primär zum Selbstschutz vor Übergriffen benötigen, wird in der Diskussion leider immer vergessen.

Christian Deutinger, Kematen

Koalitionspartner

Die FPÖ ist für die SPÖ nur dann ein willkommener Koalitionspartner, wenn die SPÖ bestimmen darf, wer bei der FPÖ Mitglied oder Funktionär sein darf. Sonst wird rücksichtslos gehetzt und mit Unterstellungen aus der untersten Schublade agiert.

Stephan Pestitschek, Strasshof


Macron wird unbeliebt

Das ging aber schnell, wie sich Monsieur Macron bei seinen Franzosen unbeliebt gemacht hat. Und wenn im Herbst die vorgesehene Arbeitsmarktreform des Präsidenten greift, dann wird es Streiks und Chaos geben, der volkswirtschaftliche Schaden wird immens sein. Denn Frankreichs Präsident Macron entlastet steuerlich die Reichen, der Mittelstand geht baden und die Armen haben sowieso nichts zu verlieren.

Ernst Pitlik, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Halbjahrespreis € 15,- ☐ Jahrespreis € 30,- ☐ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
☐ Auslandsjahresbezug € 73,- ☐ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



SPÖ-Zögern aus Angst um türkische Stimmen

Feststellung türkischer Scheinstaatbürger erst nach der Wahl?

Bis Ende Juni hat die MA 35 bisher 702 Feststellungsverfahren im Zusammenhang mit Scheinstaatbürgerschaften eingeleitet. Zur Überprüfung von 18.500 verdächtigen Personen auf türkischen Wählerlisten brauche es aber mehr Personal.

„Es hat sich gar nichts reduziert“, stellt Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus zur Aussage des zuständigen SPÖ-Stadtrates Jürgen Czernohorszky klar. Dieser versuche, den Wienern nur einmal mehr Sand in die Augen zu streuen, was die Brisanz der von der FPÖ aufgedeckten Verdachtsfälle türkischer Scheinstaatbürgerschaften angehe.

Die Ankündigung Czernohorszkys, Ende August das Personal aufstocken zu wollen, um die aktuell knapp 20.000 Fälle abzuarbeiten, kritisierte Gudenus als Eingeständnis des SPÖ-Stadtrats, bei



Gudenus: Wiener SPÖ auf Stimmenfang bei Doppelstaatsbürgern.

der Feststellung illegaler türkischer Scheinstaatbürgerschaften auf Zeit spielen zu wollen.

SPÖ will Türkenstimmen halten

„Die SPÖ will hier offensichtlich ganz klar tausende türkische Scheinstaatbürger über den Wahltag am 15. Oktober retten, um sich mit deren Stimmen noch das eine oder andere Mandat zu sichern“, vermutet Gudenus als Motiv hinter

dem auffällig langsamen Vorgehen des Magistrats.

„Wir haben die Listen im Mai übergeben, jetzt haben wir Juli. Ich weiß wirklich nicht, worauf man bei der MA35 noch wartet“, erinnerte der FPÖ-Vizebürgermeister. Er fordert Czernohorszky und die MA35 auf, umgehend mit der Arbeit zu beginnen, um diese bis zum Stichtag auch beendet und die Wählerevidenz bereinigt zu haben.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



An der Alten Donau bin ich am Sonntag in ein hübsches Lokal gefallen.

Am Nebentisch saßen vier Herren, die nach einem Gspritzten recht sympathisch diskutierten. Thema: der Wahlkampf.

Wahl-Poesie

„Bis jetzt is nix Gscheits zu hören gwesen“, sagte Herr Nummer eins. Herr Nummer zwei: „Also i tät den Wahlkampf in Reimen machen. Auf des fahren die Leut am meisten ab.“

„Hast recht“, meinte Herr Nummer drei. „I hätt da glei an klassen Vers. Also: Wen wählen Jupiter und Venus? Strache, Kickl und Gudenus.“

„Na ja“, warf drauf Herr vier ein. „I waaß an bessern: Ganz klar, was ich am Wahltag mache, ich gehe wähl’n, und zwar den Strache.“ „Der is zu leicht“, protestierte der erste Herr. „Meiner geht so: Ma wird von einem gewissen Kern Ende Oktober nix mehr hörn.“ Herr zwei meldete Zweifel an: „Auf den Kurz reimt si nix. Außer F...“ „Ned ordinar werden“, mahnte Herr drei. „Trotzdem geht was auf ihn: Dem Kurz, zerst schwarz und jetzt türkis, wird im Oktober sicher mies.“

Nach einer Pause aber waren sich alle vier einig, und sie plädierten einhellig für das Resultat: „Verdattert wern sie sagen: Jö! Der Sieger ist die FPÖ.“

Da kamen meine Schinkenfleckerl. Ihnen widmete ich mich jetzt.

Entlassungswelle beim Roten Kreuz

Täglich gibt es neue Horrormeldungen im Wiener Gesundheitsbereich: Aufgrund massiver Geldnot trennt sich das Rote Kreuz von einem Drittel der Belegschaft, es geht also um die Jobs von 35 Sanitätern. Der Gesundheitssprecher der FPÖ Wien, Wolfgang Seidl, ist entsetzt: „Seit langem weisen wir auf den drohenden Zusammenbruch der Wiener Gesundheitsversorgung hin, aber nichts passiert. Was die rot-grüne Stadtregierung hier aufführt, geht bald in Richtung aktiver Lebensgefährdung für die Bevölkerung.“

Seidl stellt sich mit seiner Kritik hinter den Floridsdorfer FPÖ-Klubobmann Thomas Berl, hauptberuf-

lich Rettungssanitäter und Vorsitzender der AUF-Personalvertreter bei der Wiener Berufsrettung. Berl beschreibt den Dienst bei der Wiener Berufsrettung schon vor der drohenden Kündigungswelle als prekär: „Mehrere Male am Tag sind die Rettungsfahrzeuge bei einer Auslastung von hundert Prozent am Limit, obwohl international festgehalten ist, dass eine Grenze von siebzig Prozent nicht überschritten werden darf.“

Das Geld für die „Willkommenskultur“ bei der Gesundheitsversorgung der eigenen Bevölkerung einzusparen, sei das Allerletzte, kritisierte Seidl und kündigte Initiativen im Wiener Gemeinderat an.



Trotz Überbelastung baut das Rote Kreuz Mitarbeiter ab.

TIROL **Tragflughallen-Desaster**

Den angekündigten Verkauf der Tragflughallen nimmt FPÖ-Landesparteioobmann Markus Abwerzger wiederholt zum Anlass, endlich politische Konsequenzen einzufordern: „Die grüne Chaos-Asyl-Landesrätin Christine Baur ist für die Geldverschwendung von mehr als sechs Millionen Euro die allein Verantwortliche, sie muss sich für dieses Debakel politisch verantworten“, so Abwerzger und stellte klar: Die FPÖ war die einzige Fraktion, die sich gegen den Ankauf und die Errichtung derartiger Notquartiere ausgesprochen hat.

VORARLBERG **Bösch führt Liste an**

Die Landesparteilung der Vorarlberger Freiheitlichen hat in ihrer Sitzung diese Woche ihren Landesparteioobmann Reinhard Bösch zum Spitzenkandidaten für die Nationalratswahl am 15. Oktober nominiert. „Gemeinsam werden wir einen intensiven und mit Sicherheit erfolgreichen Wahlkampf bestreiten“, zeigte sich Bösch optimistisch.



Foto: FPÖ Vorarlberg

KÄRNTEN **Tierschutz saniert**

Ein im Kärntner Landtag einstimmig beschlossener Dringlichkeitsantrag der FPÖ zeigt nun einen Weg auf, wie die Misere rund um die missverständlichen Formulierungen im Tierschutzgesetz NEU und die Vermittlung von Tieren via Internet durch seriöse Tierschutzvereine saniert werden kann. Aufbauend auf der Kärntner Akutlösung soll nun auch bundesweit auf FPÖ-Initiative eine endgültige und nachhaltige Lösung im Sinne der Tierschutzvereine und insbesondere der von ihnen betreuten Tiere umgesetzt werden. Mit dieser Lösung sei den unzähligen Tierschutzvereinen das Vorstellen armer herrenloser Tiere auf Internetplattformen weiterhin möglich. FPÖ-Tierschutzsprecher Josef Riemer wird auch einen entsprechenden Antrag in der nächsten Nationalratssitzung einbringen.

1,1 Millionen Euro pro Monat für minderjährige Flüchtlinge

Eine Anfragebeantwortung bringt brisante Zahlen zum Vorschein

Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden Unsummen an Geld ausgegeben. Bezahlen kann das wieder einmal der österreichische Steuerzahler.

In einer Anfrage der FPÖ im Linzer Landtag wurden die oberösterreichischen Landesräte Birgit Gerstorfer (SPÖ) und Rudi Anschöber (Grüne) zu den Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) befragt. Die Anfragebeantwortung zeigt auf: Für UMF wird ordentlich Steuergeld verpulvert.

400 Millionen Euro im Jahr

Laut Schätzungen des Fiskalrats werden die UMF den Steuerzahler im kommenden Jahr mehr als 400 Millionen Euro kosten. „Neben der Tatsache, dass die Kosten für aktuell 774 UMF bundesweit auf über 400 Millionen Euro im kommenden Jahr steigen werden, gibt es hier zahlreiche weitere Ungereim-

OBERÖSTERREICH 

Foto: NFZ

Kostentreiber im Asylwesen: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

heiten“, kritisierte der FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr.

Der Tageshöchstsatz für die teuerste Unterbringung in Oberösterreich beträgt momentan 95 Euro. „Mehr als 86 Prozent sind in der teuersten Wohnform untergebracht.

Das macht im Monat pro Person satte 2.898 Euro aus. Alleine für diese Unterbringungsform belaufen sich die monatlichen Kosten für gerade einmal 382 minderjährige Flüchtlinge auf 1,1 Millionen Euro“, sagte Mahr.

STEIERMARK

Stärkung der Exekutive

Die Freiheitlichen warnen seit Jahren vor der dramatischen Verschlechterung der Sicherheitslage in unserem Land. Berichte des Innenministeriums, schriftliche Anfragebeantwortungen, die Aussagen ranghoher Exekutivbeamter sowie tragische Vorfälle geben der FPÖ recht.



Foto: NFZ

Österreichs Exekutive, von Rot-Schwarz im Stich gelassen.

Eine Anfragebeantwortung des Innenministeriums verdeutlicht den dringenden Handlungsbedarf: Laut den Zahlen des BMI fehlen alleine in der Steiermark 270 Exekutivbeamte. Viele in den Ruhestand übergetretene Polizisten wurden seit Jahren nicht in angemessener Anzahl durch junge Kollegen nachbesetzt. Das führte zu einem massiven Personalnotstand. Die im Dienst befindlichen Beamten sind aufgrund dessen und der Vielzahl an Sonderzuteilungen seit langer Zeit höchsten Belastungen ausgesetzt.

„Die Bevölkerung hat ein Recht auf Sicherheit. Es ist Aufgabe der Politik, diesem Bedürfnis durch Neuaufnahmen und der raschen Versetzung von Polizisten in die Steiermark gerecht zu werden“, erklärte FPÖ-Klubobmann Mario Kunasek und kritisierte dabei die großmundige Ankündigungspolitik der Landesregierung, die bis dato zu keiner Stärkung der Exekutive beigetragen habe.

NIEDERÖSTERREICH 

Foto: NFZ

Blauer Erfolg in Wiener Neustadt

Vergangenen Freitag wurde Landtagsabgeordneter Udo Landbauer am Fusionierungsparteitag der Freiheitlichen in Wiener Neustadt mit 94 Prozent als Bezirksparteioobmann von Stadt und Land gewählt. „Ich bin überwältigt und freue mich, die Arbeit für unsere Bürger konsequent fortsetzen zu können“, so Landbauer, der seit 2007 Bezirksobmann des Stadtbezirkes war. „Der Bezirk Wiener Neustadt ist zwar riesig, aber wir Freiheitliche ziehen gemeinsam an einem Strang und werden die FPÖ stärker denn je machen“, sagte der neue Bezirksparteioobmann.

SALZBURG 

Bekleidungs Vorschriften gelten in Salzburgs Freibädern für Inländer, aber nicht für moslemische Einwanderer.

Burkini-Verbot in Bädern wird einfach ignoriert

ÖVP-Vizebürgermeister Preuner lässt Bademeister im Regen stehen!

Die Freiheitlichen in der Landeshauptstadt fordern die strikte Umsetzung des „Burkini“-Verbots, nicht nur in Salzburg, sondern in ganz Österreich!

Das Tragen von speziellen Badeanzügen für moslemische Mädchen und Frauen, sogenannte „Burkinis“, ist in den Freibädern der Stadt Salzburg und dem AYA-Hallen- und Freibad durch die Badeordnung nicht erlaubt. Nur wird dieses Verbot von vielen moslemischen Frauen einfach ignorieren.

„Die Bademeister sind in dieser Angelegenheit machtlos und resig-

nieren, da man in den meisten Fällen die Burkini-Trägerinnen nicht dazu bewegen kann, das Becken zu verlassen“, kritisierte FPÖ-Klubobmann Andreas Reindl die Missstände: „Und gelingt es doch, begehen sich diese eben in das nächste Becken, wo das gleiche Spiel von vorne beginnt.“ Dies sei jedoch nicht nur ein Problem in der Landeshauptstadt, auch aus sämtlichen Bezirken würden ähnliche Vorfälle gemeldet.

Verbot durchsetzen!

Während österreichische Jugendliche, die aufgrund eines

Sonnenbrands mit einem Leiberl schwimmen, das Becken wegen ordnungswidriger Badekleidung sofort verlassen müssen, werden diese von den – meist jugendlichen – „Burkini“-Trägerinnen teils sogar verhöhnt. „Der zuständige ÖVP-Vizebürgermeister Harald Preuner übt sich im Wegsehen und lässt seine Bademeister, die durch das Ignorieren der Vorschriften der Lage nicht Herr werden, im Regen stehen. Wer sich nicht an die Regeln hält, soll das Bad verlassen und bei Widerstand auch nie wieder betreten dürfen“, forderte Reindl.

Freiheitliche Kandidaten

Die FPÖ Burgenland hat nunmehr die Listen zur Nationalratswahl bestellt. Der Dritte Präsident des Nationalrats, Norbert Hofer, führt die Landesliste an. Ihm folgen der FPÖ-Landespartei sekretär Christian Ries und die IFF-Obfrau Stefanie Karlovits.

Die burgenländischen Freiheitlichen haben dabei ein klar definiertes Ziel vor Augen und das heißt Regierungsbeteiligung – denn ohne die FPÖ wird sich nichts ändern. Die Bundesregierung gebe dasselbe Bild ab wie die letzte

rot-schwarze Landesregierung im Burgenland: heillos zerstritten, behäbig und visionslos. Die FPÖ trete hingegen als geschlossene Partei mit Elan und Schlagkraft an.

„1999 haben wir ein hervorragendes Wahlergebnis erreicht. In diese Richtung sollte es gehen. Vielleicht können wir ja die Latte nach oben anheben, denn am Einsatz wird's bei uns nicht fehlen. Die FPÖ-Regierungsbeteiligung hat im Burgenland viel bewirkt und Schwung ins Land gebracht“, erklärte Ries.

BURGENLAND 

Norbert Hofer führt Burgenlands NR-Wahlliste 2017 an.

Foto: FPÖ Salzburg



LÄNDERSACHE

Marlene Svazek

FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Im Zuge der Salzburger SWAP-Affäre durften nun auch zwei nach der Landtagswahl 2013 zurückgetretene Spitzenpolitiker der SPÖ auf der Zeugenbank Platz nehmen.

Dabei stützten Ex-Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Ex-Landesfinanzreferent David Brenner den sichtlich schwer angeschlagenen Bürgermeister Heinz Schaden, indem sie die Vorwürfe einer Stadt-Land-Absprache dementierten und Detailfragen aufgrund diverser Erinnerungslücken nicht beantworten konnten.

Erinnerungslücken

Dass sich die beiden jedoch an keine Details mehr erinnern können – oder vielleicht gar nicht mehr erinnern wollen – ist mehr als unglaublich und stellt wohl eine Verhöhnung des Gerichts und unserer ganzen Justiz dar. Aber wer wird sich schon freiwillig selbst belasten?

Bis heute ist unverständlich, warum seitens der Politik nur Schaden und Raus auf der Anklagebank sitzen, wohingegen Burgstaller und Brenner lediglich als Zeugen geladen werden. Es zeigt sich immer mehr, dass Monika Rathgeber wahrscheinlich zum dritten Mal das Bauernopfer für die damalige rot-schwarze Landesregierung werden wird und die mutmaßlichen Hauptverantwortlichen sich durch geschicktes Negieren und ein anscheinend sozialdemokratisches Vergesslichkeitssyndrom aus der Verantwortung stellen.

Denn niemand kann sich erinnern, also kann auch niemand verantwortlich sein. Jeder, der in der Privatwirtschaft derart fahrlässig handeln und einen Millionenschaden verursachen würde, dürfte sich eher auf der Anklagebank wiederfinden.

Foto: FPÖ Burgenland

GEZWITSCHER



David Millmann

@DavidMillmann



„Das ist was ganz Neues“, sagt **#Pilz**. Er gründet eine Partei, die Nichtwähler abholen soll. Welche Partei will das nicht? **#mittagsjournal**

25.07.17 03:24

Eine kleine Stichelei des Peter Pilz gegen seine alte Partei, die immer mehr Wähler an die Gruppe der Nichtwähler verliert.

FrankenEy

@ey_frank



#Kurz will eine Kooperation mit der **#Türkei**. Wie passt das mit seinen heftigen Attacken gegen die Türkei zusammen?

24.07.17 23:28

„Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern.“ – Kurz kopiert jetzt auch noch Adenauer.

WHATSAPP



GEFÄLLT MIR



HC Strache

25.07.2017

Lassen wir die Wirte und Konsumenten doch bitte selbst entscheiden!



FPÖ will das Rauchverbot abschaffen
Die Freiheitlichen wollen das Rauchverbot noch kippen.

17.07.17

4.744 Personen gefällt das.

Schluss mit der rot-schwarz-grünen Verbots politik! Viele Gastronomen befürchten durch das beschlossene generelle Rauchverbot massive Umsatzeinbußen.

„Spiegel“ zensuriert erstmals seine Buchbestseller-Liste

Kritisches Buch zur Situation Deutschlands wurde gelöscht

Zum zweiten Mal stolpert der „Spiegel“ über das Buch „Finis Germania“ des 2016 gestorbenen Historikers und Zivilisationskritikers Rolf Peter Siferles.

Die „Spiegel“-Bestsellerliste ist das vermutlich bedeutendste Ranking im deutschen Buchhandel und regelt de facto die Platzierung der Bücher in den Buchhandlungen. Jetzt hat die Redaktion das Buch Siferles, zuletzt auf Platz sechs der Sachbuchbestseller, aus seiner Liste gelöscht.

Doppelter Skandal

Bereits bei der Bewertung durch Literaturkritiker im Juni hat das Magazin für Aufsehen gesorgt. Sein Juror, der das Buch als Bestes empfahl, wurde von seinen Kolle-



Siferles Bücher: Von Lesern gestürmt, von der Presse verdammt.

gen und seiner Redaktion derart gemäßregelt, sodass er das Gremium verließ.

Für Kritik sorgt jetzt nicht nur, dass der „Spiegel“ Siferles Buch aus seiner Liste gelöscht – und somit eine auf messbaren Daten beruhende Statistik manipuliert – hat, sondern vor allem, dass er es heimlich und intransparent getan hat,

ohne Hinweis oder Begründung: Die deutsche „Welt“ vergleicht das mit dem Vorgehen sowjetischer Zensoren, die „NZZ“ nennt es ein „Armutszeugnis“.

Während Deutschlands elitäre Journalisten das Buch zerreißen, reagiert das Publikum anders: In den Amazon-Bestsellern hält sich das Buch seit Tagen auf Platz eins.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Die FPÖ wird den Wahlkampf mit HC Strache als Spitzenkandidat und einem ebenfalls stark präsenten Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer bestreiten. Wie das ablaufen wird, skizzierte Hofer im Interview mit den

„Wir wissen genau, was wir wollen“



„Salzburger Nachrichten“. Obwohl Hofer die Chance auf eine FPÖ-Regierungsbeteiligung „bei mehr als 50 Prozent“ einschätzt, warnt er auch vor der Möglichkeit einer Neuauflage der rot-schwarzen Chaos-Koalition.

Alarmiert reagieren FPÖ-Politiker auf die enorme Zunahme der Drogenkriminalität,



etwa in der Steiermark. Hannes Amesbauer, Landes-Spitzenkandidat für die Nationalratswahl, legt in der „Kronen Zeitung“ einen ganzen Forderungskatalog vor. Enthalten sind mehr Polizei und sofortige Abschiebung ausländischer Dealer.

DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

JETZT NEU

Die FPÖ auf Instagram

www.instagram.com/fpoe_at

William Shakespeares Gewissenstragödie

Gut und Böse mit „Macbeth“ im Schloss Marchegg

„Es ist von jeher Blut vergossen worden, schon in alten Zeiten, eh' menschliche Gesetze noch die friedliche Gemeinheit säuberten. Ja, auch hernach geschahen Morde g'nug, zu gräßlich schon dem Ohre. Sonst, wenn einem das Gehirn heraus war, starb der Mann, und so war's aus. Jetzt steigen sie mit zwanzig Todeswunden an ihrem Kopfe wieder aus dem Grab und treiben uns von unsern Stühlen.“

William Shakespeares klingende Sprache ist unserer Zeit entrückt. Und doch kann uns „Macbeth“ durch die altmodische Form mit echten Schicksalen und Urbildern hindurch bewegen.

Rundum angenehm

Die Initiatoren von „Theater PUR“ haben sich was getraut. Im Marchfeld, einer ansonsten eher links liegen gelassenen Festspielgegend, vor dem Schloss Marchegg, haben sie ein Zelt aufgebaut, das auch Wind und Wetter trotzen

kann. Die gar nicht so vielen, die sich die Einstundenfahrt von Wien nach Marchegg zugetraut haben, werden jedoch reichlich belohnt.

Schon das Ambiente ist bezaubernd. Eine große Wiese, darauf Liegestühle, die gemeinsam mit einem preiswerten Buffet das Warten auf den Beginn des Stückes zum Genuss machen, sind nicht die einzige Attraktion, die einen bereuen lässt, nicht schon eine oder zwei Stunden früher angereist zu sein.

Burgtheaterreif

Die Skepsis, eine laienhafte Truppe vorzufinden, ist nach wenigen Minuten verflogen. Da sind Köhner am Werk, Schauspieler, die sich sehen und hören lassen können. Eine live eingespielte, eigenwillige Musik begleitet, vom irrlichternden Schlafwandel bis zum donnernden Morden, einfühlsam die Darsteller, die abgeschrägte Bühne wird mit einfachen Mitteln immer wieder in den entsprechenden Ort verwandelt, das als Kulisse



Shakespeares Meisterwerk „Macbeth“ im idyllischen Marchegg.

dienende Schloss im Hintergrund erstrahlt in passenden Farben oder verdunkelt sich gespenstisch.

Regisseur Anselm Lipgens verzichtet, wiewohl das Stück vorwiegend in Schottland spielt, auf die üblichen „Entstaubungen“ und sich aufdrängenden Aktualisierungen (ein einziges Mal ertönt das Wort „Brexit“).

Dass von siebenhundert Sitzplätzen

nur etwa zweihundert besetzt waren, ist schade. Die Sponsoren wie auch die Akteure mögen sich in ihrer Leidenschaft, an diesem Ort erstklassiges Theater zu spielen, durch den schütterten Publikumszulauf fürs nächste Jahr nicht einbremsen lassen.

Das klappern sogar die Störche bis zum Ende um dreiviertel elf laut von ihren Nestern. *hw*

Gioacchino Rossini und Richard Wagner in Erl

„Semiramide“, „Lohengrin“ und „Götterdämmerung“ werden in Tirol enthusiastisch gefeiert

Zur Eröffnung der Tiroler Festspiele Erl wurde die Rossini-Rarität „Semiramide“ gegeben, die Herrscherin von Babylon, die zusammen mit ihrem Geliebten ihren Ehemann ermordet hat und nun einen Thronfolger bestimmen will. Unter den Anwärtern ist auch ihr totegelebter Sohn, der sie am Ende vermutlich – die letzte Szene gerät unklar – ersticht... Viel Raum für Liebe, Hass und Machtgier und noch mehr für musikalischen Reichtum.

Musikalische Höhepunkte

Wenn auch die Produktion im Programmheft einem „Furore di Montegrà“ zugeschrieben wird, trägt sie doch die Handschrift des musikalischen Leiters Gustav Kuhn. Erster Höhepunkt ist die mit Akribie und Brillanz dargebotene Ouvertüre. Weitere Glanzpunkte sind die geradezu virtuos gesungenen Duette von Semiramide und (ihrem Sohn) Arsace. Da verbinden sich der dramatische Sopran von

Maria Radoeva in der Titelrolle mit dem satten Mezzo von Svetlana Kotina zu homogenem Gleichklang und ausladenden Fiorituren. Die beiden Damen sind zudem von Lenka Radecky recht sexy kostümiert. Hui Jin (Idreno) ist ein höhensicherer Tenor mit edlem Timbre.

Wagner vom Feinsten

Auch im „Lohengrin“ führt Kuhn das Orchester zu einer Höchstleistung. Seine Regie ist schon auf Grund der räumlichen Gegebenheiten zweitrangig, die Bühne ist spartanisch ausgestattet und den Kostümen fehlt eine einheitliche Linie. Johannes Chum (Lohengrin) bleibt in der Darstellung äußerst reserviert. Er bewältigt die Partie stimmlich ohne Probleme, freilich mit wenig Glanz. Joo-Anne Bitter kann als Elsa gefallen, Michael Mrosek ebenso als Telramund. Pavel Kudinov ist ein würdiger König Heinrich, wird aber von seinem Heerrufer Michael Kupfer-Radecky in den Schatten gestellt. Mona



„Lohengrin“, eine orchestrale Höchstleistung in Erl.

Somm als Ortrud im Domina-Look ist fulminant.

Auch in der „Götterdämmerung“, zumal in den symphonischen Passagen, kann Kuhn mit vorzüglicher Orchesterarbeit punkten. Der Chor ist beim Mannenruf zu gewaltiger Lautstärke fähig, lässt es aber im Piano an Homogenität vermissen.

Mona Somm ist mit großer Leidenschaft bei der Sache, ihre

imponierende Höhe macht den Schlussgesang der Brünnhilde zum Erlebnis. Der Siegfried von George Vincent Humphrey kann erst im dritten Aufzug gesanglich an Kontur gewinnen. Andrea Silvestrelli (Hagen) besticht mit enormem Stimmmaterial, das allerdings meist recht kehlig eingesetzt wird. Michael Kupfer-Radecky (Gunther) verfügt über einen kräftigen Bariton. *flp*

Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft in der FPÖ

Die FPÖ Schärding lud zum Ehrungsreigen für 100 langjährige Parteimitglieder in den Landgasthof St. Florian. Geehrt wurde für 25 Jahre, 40 Jahre und 50 Jahre Mitgliedschaft bei der FPÖ.

Bezirksparteiobmann Hermann Brückl begrüßte die 250 Besucher, darunter die Ehrengäste Landeshauptmannstellvertreter Manfred

Haimbuchner, den Innviertler Landesrat Elmar Podgorschek und Bundesrat Thomas Schererbauer.

Insbesondere für die 50-jährige Mitgliedschaft bei der Freiheitlichen Partei von Herbert Aumayr aus Taufkirchen an der Pram bedankte sich Landesparteiobmann Haimbuchner für die jahrzehntelange Treue.



Manfred Haimbuchner, Taufkirchens Ortschef Reinhard Waizenauer, Jubilar Herbert Aumayr, Hermann Brückl und Thomas Schererbauer.



Erwin Schreiner mit Gattin Christa, Günther Steinkellner, Ortsparteiobmann Anton Hamedinger und Abgeordneter Hermann Brückl.

Gelungener Frühschoppen der FPÖ Sankt Aegidi

Auch der diesjährige FPÖ-Frühschoppen im Gasthaus „Kellerwirt“ in St. Aegidi war für Ortsparteiobmann Anton Hamedinger und sein Team eine sehr erfolgreiche Veranstaltung. Zahlreiche Ehrengäste wie Landesrat Günther Steinkellner, Nationalratsabgeordneter Hermann Brückl sowie Landespartei sekretär Erwin Schreiner

aus Andorf folgten der Einladung. Neben verschiedenen Grillspezialitäten, hausgemachten Mehlspeisen und der schon bekannten Gratis-Zuckerwatte konnte den rund 300 Gästen erstmals eine knusprige „Kistensau“ serviert werden.

Das Duo „Herzblut“, Erika und Hubert, sorgte wieder für die musikalische Umrahmung.

+++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++



Alphabetisches EU-Lexikon

... von A wie „Agenturen“ bis Z wie „Zuwanderungsbilanz“

Diese Broschüre versucht die Europäische Union, ihre Institutionen sowie europäische und damit verknüpfte österreichische Sachverhalte und Politiken kurz und bündig - lexikonartig - zu beschreiben, verständlich zu machen.

Selbstverständlich erhebt diese Broschüre keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Einige Darstellungen sind bewusst pointiert verfasst und werden bei manchem selbstredend auf Protest stoßen. Ziel ist es aber nicht, eine weitere „EU-Jubel-Schrift“ vorzulegen, sondern eine Darstellung, die den Leser zum Nachdenken anregen soll.

Es ist dem Leser selbst überlassen, zu beurteilen, ob wirklich alle Institutionen der Europäischen Union in dieser Dimension für Frieden, Freiheit und Demokratie notwendig sind oder nicht doch eher kontraproduktiv.

GRATIS zu beziehen über das FPÖ-Bildungsinstitut:

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.

